

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Erheben an jedem Werk-
tag. Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter
und Buchhändler entgegen.

Anzeigen haben weiteste
Verbreitung und sind daher
von bestem Erfolg.

Preis vierteljährlich hier
mit Anzeigen M. 3.00,
im Bezugs- und 10-Kilo-
meter-Bereich M. 3.50,
im übrigen Württemberg
M. 3.70.

Monats-Abonnements
nach Verhältnis.

Gegründet 1826

Verleger Nr. 29

Anzeigen-Gebühr für die
einzelne Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
breiten Raum bei einmaliger
Einschaltung 20 Pf.,
bei mehrmaliger, Rabat
nach Tarif. Bei gerichter
Beitragung zu Kontrakt
in der Rabat einstellig.

Verbreitete Zeitung
im Oberamtsbezirk

Telegraphische Adressen:
Gesellschafter Nagold
Postfachnummer
Stuttgart 5111

Nr. 265

Freitag den 14. November 1919

93. Jahrgang

Selberich vor dem Untersuchungsausschuss.

Berlin, 12. Nov. In Beginn der heutigen Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses richtete der Vorsitzende Wasmuth an Bethmann Hollweg die Frage, von wem und in welcher Richtung er über die Rückgängigmachung des unbeschränkten U-Bootskrieges orientiert worden sei. Von Bethmann Hollweg: Schon vor dem 29. 1. hat Holzhendorff mit und den Staatssekretären Selberich und Zimmermann wiederholt und bestimmt erklärt, daß der U-Bootskrieg jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, da die U-Boote draußen wären und ein guter Teil von ihnen nicht mehr zurückgerufen werden könne. Diese Erklärung hat Holzhendorff und Zimmermann am 29. 1. kategorisch wiederholt, als wir mit Rücksicht auf das Telegramm Bernstorffs den Aufschub des U-Bootskrieges forderten. Graf Bernstorff erklärte in diesem Zusammenhang, daß die amerikanische Regierung nichts von dem beabsichtigten U-Bootskrieg wußte. Wenn wir mitgeteilt hätten, daß wir beabsichtigten, die Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen und den U-Bootskrieg, den wir zwar beabsichtigten, aufzugeben, dann wäre nach meiner Überzeugung die Friedensvermittlung weitergegangen. Die Frage des Vorstehens, ob man bei Erlass der politischen Proklamation den unglücklichen Eindruck in Rechnung gestellt habe, den diese Proklamation auf Rußland haben mußte, erklärt sich Bethmann Hollweg außer Stande zu beantworten, bevor er nicht mit dem früheren Staatssekretär v. Jagow gesprochen habe.

Darauf wird in die Vernehmung des Vizelandes Selberich eingetreten.

Dr. Selberich: Hinter dem Untersuchungsausschuss steht der Staatsgerichtshof. Es ist damit zu rechnen, daß über Persönlichkeiten, auf Grund der hier unter Eid gemachten Aussagen später ein Verfahren anhängig wird. Diese sind also in der Lage, später als Beschuldigte erscheinen zu müssen. Trotzdem habe ich den Eid geleistet und werde auf Grund dieses Eides die reine Wahrheit sagen. Die Frage des unbeschränkten U-Bootskrieges dürfte keine Prinzipienfrage sein, sondern sie war eine Frage der militärischen und politischen Kriegsführung. Diese ungenügende Unterrichtsstände, sein wir während der Feuertaube, da das Kriegsmaterial fehlt und die Baracken keinen Schutz gegen Wind und Kälte bieten. Die Nahrung ist für arbeitende Menschen nicht ausreichend, Brot fehlt oft ganz. Die Zahl der Nierentränken mehr sich von Tag zu Tag in erschreckender Weise. Es fehlt an Heilmitteln jeglicher Art. Beim Lesen der Briefe unserer Lieben will uns fast das Herz brechen. Wir gehen von Stelle zu Stelle, Hilfe suchend, doch überall wird uns die trostlose Antwort: „Alles nützt nichts, die Franzosen geben auf unsere Praxisse nicht einmal eine Antwort. Alle unsere Sendungen verschwinden jenseits der Grenze, es kommt nichts mehr an seinen Bestimmungsort.“ Bei uns in Deutschland wird oft unter unsinniger Selbst-anlage nach dem Schuldigen gesucht, und dort drüben über dem Rhein werden indessen unsere Brüder von Sadisten langsam zu Tode gemartert, aber hier spricht keine Stimme in der ganzen Welt von Schuld. Wir kleines Schäflein schwäbischer Frauen, wir bitten und flehen: möchte doch unser Volk noch einmal einig sein und seine Stimme erheben und es denen da drüben in die Ohren schreien: Gebt uns unsere gepöhlten Brüder heraus, ehe es zu spät ist! sonst komme unser Blut, der Blut eines ganzen Volkes über euch und eure Kinder!

Ich frage, gibt es jemand, der an der Ehrlichkeit der Absichten des Kaisers, Frieden zu schließen, zweifelt, der es wagen würde, diese Zweifel in die uns noch immer feindselig gesinnte Welt hinauszutragen? Man mag die Frage aufwerfen ob es nicht richtiger gewesen wäre, Herrn Wilson den Vortritt zu lassen, selbst auf die Gefahr hin, daß in langen Monaten Ströme von Blut geflossen wären. Aber schließlich handelt es sich hier nicht um tatsächliche Interessen. Wer will bestritten, daß wir den

Willen zum Frieden hatten? Am 12. Dezember ging unser Friedensangebot heraus. Es wurde, mit schneidender Schärfe von der Entente abgelehnt. Die Kriegsziele derselben bedeuteten nicht weniger als die Niederwerfung Deutschlands, die Auflösung der österreich-ungarischen Monarchie und die Zerschmetterung der Türkei; ein Programm, das den Friedensbedingungen von Versailles gleich wie ein Ei dem andern.

Ihre Antwort an Wilson bedeutete eine glatte Zurückweisung seiner guten Dienste zur Herbeiführung einer Verständigung unter den Kriegführenden. Wir hatten erklärt, daß wir Belgien nicht annektieren wollten, und diese Erklärung wurde dem Grafen Bernstorff vom Obersten Houze als höchst wertvoll bezeichnet. Die Kollektive der Entente vom 17. Januar zeigte, wozu die Friedensbestrebungen Wilsons eigentlich zielten. Seine Botschaft vom 22. Januar an den Kongress enthielt noch Anstich des Grafen Bernstorff eine Zensurierung der Friedensziele der Mittelmächte zu Gunsten der Entente, was gegenüber dem einleitenden Referat des Abgeordneten Einzheimers ausdrücklich gesagt werden muß. Damit waren die unerhörten Kriegsziele der Entente und Wilsons bezeichnet, die für uns unannehmbar waren. Aus allen diesen Vorgängen heraus erklärt sich, daß schließlich bei uns das Gefühl sich durchsetzte: Daß dem Gott, der uns vor diesen Friedensvermittler bewahrt hat. Hinter der Botschaft des Präsidenten vom 22. Januar zeigte sich bereits das Gesicht des Wilsons von Versailles.

Darauf wird die Beratung auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt.

Heraus mit den Kriegsgefangenen!

Die Schwäbische Frauenliga zur Heimholung der Kriegsgefangenen vertritt folgenden Aufruf:

Die Rot unserer Männer, Söhne und Brüder in trauvoller Gelangenschaft in Himmelsferne. In Campen gehüllt, ohne Demut, ohne Stiefel, oft nur in Unterhosen, werden sie auf die kalten Arbeitsplätze hinausgetrieben. Bei ihrer Rückkehr erwarten sie ungenügende Unterrichtsstände, kein wärmendes Feuer, da das Heizmaterial fehlt und die Baracken keinen Schutz gegen Wind und Kälte bieten. Die Nahrung ist für arbeitende Menschen nicht ausreichend, Brot fehlt oft ganz. Die Zahl der Nierentränken mehr sich von Tag zu Tag in erschreckender Weise. Es fehlt an Heilmitteln jeglicher Art. Beim Lesen der Briefe unserer Lieben will uns fast das Herz brechen.

Wir gehen von Stelle zu Stelle, Hilfe suchend, doch überall wird uns die trostlose Antwort:

Alles nützt nichts, die Franzosen geben auf unsere Praxisse nicht einmal eine Antwort. Alle unsere Sendungen verschwinden jenseits der Grenze, es kommt nichts mehr an seinen Bestimmungsort.

Bei uns in Deutschland wird oft unter unsinniger Selbst-anlage nach dem Schuldigen gesucht, und dort drüben über dem Rhein werden indessen unsere Brüder von Sadisten langsam zu Tode gemartert, aber hier spricht keine Stimme in der ganzen Welt von Schuld.

Wir kleines Schäflein schwäbischer Frauen, wir bitten und flehen: möchte doch unser Volk noch einmal einig sein und seine Stimme erheben und es denen da drüben in die Ohren schreien: Gebt uns unsere gepöhlten Brüder heraus, ehe es zu spät ist! sonst komme unser Blut, der Blut eines ganzen Volkes über euch und eure Kinder!

Die entscheidende Ursache der Verkehrs- und Kohlennot.

Fragen wir nach der entscheidenden Ursache der Kohlen- und Verkehrsnot, so bitte ich den Stimmen nicht zu glauben, die diese Not als eine „Folge der Revolution“ hinstellen wollen. Mit Rechtigkeit läßt sich schon jetzt aus den Kommissionsverhandlungen des Reichstages in den Jahren 1916, 1917 und 1918 nachweisen, daß wir schon damals mitten in einer starken Kohlen- und Verkehrsnot standen. Der Eisenbahnminister von Breitenbach mußte damals schon erklären, unter Wagnis- und Lokomotivpaar käme aus Rand und Fund. Das Betriebsmaterial wäre schon schlecht und würde immer schlechter. Ende August 1917 befanden sich bereits 26 1/2 Prozent der Lokomotiven in Reparatur, über deren große Ausdehnung und Ungünstigkeit schwer gesagt wurde. Während Ende Juli 1914 sich 17500 Lokomotiven in Betrieb befanden, waren es 1917 nur noch 15500, und der Status verschlechterte sich immer mehr. Die Fehlmengen nahmen zu, bedeutende Verstärkungen des Verkehrs traten ein, die Betriebsfälle nahmen daher auch erschreckend zu. Auch wenn der politische Umschwung nicht gekommen, und wenn der Krieg gar noch weitergeführt worden wäre, dann hätten wir heute noch eine viel schlimmere Verkehrsnot, als es jetzt der Fall ist. Der Krieg ist die entscheidende Ursache unserer schlimmen Eisenbahnnot.

Was die Kohlennot anlangt, so kann ich mich darauf beschränken, das Urteil eines hervorragenden Bergbauexperten hier zu zitieren. Auf Veranlassung eines Antrags

der Abg. Friedberg und Gen. hatte sich die Staatsbahnausschusskommission des bayerischen Landtages am 23., 24. und 25. Oktober 1917 mit der wachsenden Kohlennot zu beschäftigen. Dort erklärte der Vorsitzende, der nationalliberale Abgeordnete und Bergwerksdirektor Althoff: Der Brennstoffmangel „reicht weit in das Jahr 1918 hinein“. Um möglichst viel zu fördern, hätten die Gruben die Westarbeiten „so viel wie möglich eingestellt“, es würden nun schon nur die ergiebigen Flöze abgebaut. Der Betrieb der Gruben, wie er jetzt vor sich geht, ist ein ausgesprochenes Raubbau, der sich um so schlimmer in seinen Folgen äußern wird, je länger er betrieben wird!

So urteilte ein Bergwerksdirektor bereits vor zwei Jahren über den Grubenbetrieb. Es war ein Raubbau, der sich jahrelang hinzog! Unter seinen Folgen haben wir jetzt zu leiden. Daher unsere Kohlennot.

Otto Gnaß, Mitglied der Nationalversammlung.

Tages-Neuigkeiten.

Beherrigenswerte Worte.

Als auf dem Bundeslage des Bayerischen Kriegerbundes über die Erhöhung des Mitgliederbeitrags abgestimmt werden sollte, richtete Divisionsarzt R. Rupert Wauer so tief ergreifende Worte an die Versammlung, daß alle ihm begeistert zustimmten. Er führte ungefähr aus: „Kameraden! Es ist Ihnen gesagt worden, daß es schwer sein dürfte, bei den Vereinen die Erhöhung des Mitgliederbeitrages zu vertreten, den mancher hätte einen harten Kopf. Wohl aber verzeiht nicht, er hat auch ein Herz, das für seine lebenden Kriegsväter und für die Hinterbliebenen der Gefallenen warm schlägt. Eben hat uns eine Frau gesagt, wir sollten uns von armen Witwen und Waisen nicht beschämen lassen, die opfernd für Scherlein bringen. Wenn jeder nur eine Ygare im Jahre weniger raucht, hat er mit diesem geringen Verzicht seinen Beitrag beglichen. Und eine Ygare werden uns doch wohl unsere Kriegsbeschädigten und unsere Kriegshinterbliebenen wert sein! Kameraden! Wenn ich draußen im Felde einen Kameraden trösten mußte, dem Arme oder Hüfte zerbrochen waren, und der nun bitter klagte, nicht aus Schmerz über die Wunden, sondern aus banger Sorge um seine Zukunft, daß er nie mehr so arbeiten könne, wie früher, dann habe ich ihm gesagt: „Lieber Freund, glaubst Du nicht, daß die Heimat es Dir vergelten wird, daß Du für sie gekämpft, für sie gelitten und für sie die Gesundheit Deiner Glieder eingebüßt hast? Und dann wurde sein Gesicht wieder froher und tapfer, er trug er das Schicksal, das über ihn verhängt war. Und wenn ich einem zu Tode Getroffenen die letzte Hilfe bot, und der Sterbende mich angriff und ansah und sagte: „Mir wäre es schon recht, ich ergebe mich herein. Aber was soll uns meiner Frau und meinen Kindern werden, die ich nun schutzlos zurücklassen muß? Dann habe ich ihm geantwortet: „Lieber Freund, hoffst Du nicht, daß Deine Kameraden, die gesund aus diesem Krieg zurückkehren, Dir die Treue halten und sich der Deinen annehmen werden? Und leichter und friedlicher ist der Mann gestorben, mit diesem letzten Trost im Herzen. Kameraden! Wir alle haben diese Treue gelobt. Nun müssen wir sie durch die Tat beweisen. Und jetzt ist die Stunde gekommen, wo wir das Gelübde erfüllen sollen, das wir alle einander im Angesicht des Todes gegeben haben.“

Gegen die Knebelung der Presse.

Zur Verein Berliner Presse wurde folgende Entschließung angenommen: Die Pressefreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen wiederholt durch Verbote Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Verletzung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß solange auf dieses Kampfmittel nicht verzichtet wird, von einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann.

Baumwolle aus Amerika für Polen.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ ist Warschauer Blättermeldung zufolge in Danzig der erste Baumwolltransport aus Nordamerika angekommen. Es handelt sich um eine Sendung von 140000 Kilogramm Baumwolle, die für Polen bestimmt ist. Weitere Transporte schwimmen auf See.

Die innere Lage Italiens.

Nitti erklärte zu einem Vertreter der „Presse de Paris“, in Rom gelegentlich eines Interviews, daß die innere Lage Italiens noch nie so ruhig gewesen sei, wie gegenwärtig. Die augenblicklich wichtigste Frage sei die Finanzfrage, die er bald zu lösen hoffe. Wenn man die nötigen Maßnahmen zur rechten Zeit ergreife, so sei es Italien, dessen wirtschaftliche Wiederaufbau am besten wieder vollzogen werden solle. Deswegen, sagte Nitti, müsse jeder italienischen Regierbarkeit ein Ende gesetzt werden. Nitti sagte weiter, daß Italien sehr auf die Mithilfe der alliierten Mächte zähle.

Heimkehr der amerikanischen Friedensdelegation.

Die amerikanische Friedensdelegation hat dem Obersten Rats mitgeteilt, daß sie beabsichtige, Paris in den ersten Dezembertagen zu verlassen. Die englische Delegation hat



dieselbe Absicht kund getan, so daß man daraus schließt, daß die Arbeiten der Friedenskonferenz für diesen Zeitpunkt hin als abgeschlossen angesehen werden können.

Sonderbare Dankbarkeit.

Zum Empfang Hindenburgs, der jetzt in Berlin eingetroffen ist, um gemeinsam mit Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß zu erscheinen, war eine Ehrenkompanie am Bahnhof aufgestellt, um dem großen Mann die militärischen Ehren zu erweisen. Das ist anscheinend manchen Kreisen auf die Nerven gegangen, denn die Deutsche Klg. Ztg. muß folgendermaßen auf die errigten Bogen gehen: „Es mag den militärischen Empfindungen des Obersten Reinhardt entsprochen haben, den Feldmarschall bei seiner Ankunft auch mit militärischen Ehren empfangen zu sehen. Sie selbst zu veranlassen, wie er es tat, hatte er nicht die Befugnis. Es lag eine solche Ehrung auch nicht im Sinne Hindenburgs, der schon dadurch, daß er im Zivilanzug eintrat, deutlich zu erkennen gab, daß er nicht auf einen militärischen Empfang rechnete und ihn auch nicht wünschte. Die Pflicht Reinhardt's wäre es gewesen, vorher die zuständigen Stellen von seiner Absicht in Kenntnis zu setzen. Die Erlaubnis wäre dann nicht gegeben worden, vor allem auch deshalb nicht, weil zu erkennen war, daß Hindenburg selbst den Wunsch hatte, seine Ankunft nicht zum Anlaß einer Feier oder einer Kundgebung zu gestalten.“ — Wenn auch der schlichte Sinn Hindenburgs sicherlich beim Fehlen der Ehrenkompanie nichts vermisst hätte, so berührt es doch eigenartig, daß, nachdem pflichtgetreue Soldaten ihrem Drange nach einer sichtbaren Ehrung ihres verehrten Führers gefolgt sind, nunmehr ein „Kompetenzstreit“ als Vorwand dienen muß, den Urheber dieser Ehrung abzulanzeln.

Judenitz in der Enge.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Stockholm: General Judenitz machte verzwiefelte Gegenstände, um den Rückzug seiner Truppen gegen die scharf nachdringenden Bolschewisten zu bedenken. Sonst-Kavallerie habe Obow genommen und dränge gegen die Narwa vor, so daß Judenitz nichts anderes übrig bleiben werde, als seine Truppen hinter die Narwa zurückzuziehen. Wie man hört, habe Judenitz fast die Hälfte seiner Mannschaften verloren.

Einer Berner Depesche des „Berl. Lokalanz.“ zufolge, wurde nach Meldungen aus dem Hauptquartier Judenitz's eine allgemeine Konzentration der Truppen beschlossen, um neue Operationen ausführen zu können.

Rheinische Republik.

Die Untersuchungskommission für die Rheinische Republik, die von dem Dorten-Konfessionen veranlaßt wurde, hat, wie verschiedene Morgenblätter berichten, eine Gegenbewegung auf den Plan gefaßt. Im Reichs-Bezirksamt wurden in kurzer Zeit einige hunderttausend Stimmen für die nachstehende Erklärung aufgebracht: Wir sprechen uns gegen die Gründung einer Rheinischen Republik aus. Wir verlangen unter allen Umständen Aufrechterhaltung der Sperrfrist gemäß der Verfassung des neuen Deutschen Reiches.

Spanien und Deutschland.

Dem Madrider Vertreter der „Düsseldorfer Nachrichten“ gewährte ein dem spanischen Minister des Auswärtigen, Marquis de Palma, sehr nahestehender hoher Beamter eine Unterredung, in der er sich über die Beziehungen Spaniens zu Deutschland und namentlich über die künftige Gestaltung der Handelsverhältnisse äußerte. Der spanische Diplomat sagte u. a.: Was Spanien Deutschland in Handel und Industrie verdankt, hat es gerade in Kriegszeiten gelernt, als es eine Menge spezieller Artikel, die Deutschland erzeugt, wie Farbstoffe, Arzneimitteln usw., entbehren mußte. Die spanische Handels- und Industriewelt freut sich auf eine Wiederaufnahme des Warenverkehrs. Spanien ist in der Lage, dem deutschen Bedürfnis an Rohmaterial in umfangreicher Weise entgegenzukommen und glaubt erwarten zu dürfen, daß seinen Erzeugnissen von Deutschland einigemmaßen der Vorzug anderen Produktionsländern gegenüber gegeben wird. Seit kurzem ist eine Schiffsahrtlinie zwischen Hamburg und Spanien ins Leben getreten worden, die voraussichtlich einem regen Verkehr dienen wird. Um die Beziehungen zu Deutschland reger zu erhalten, sollen die konsularischen Vertretungen vermehrt werden. In Hamburg ist ein Generalkonsulat und ein Vizekonsulat erster Klasse eingerichtet worden. Konsulate erster Klasse sind ferner in Berlin und München vorgesehen und solche zweiter Klasse in Bremen, Dresden, Danzig, Stuttgart und Frankfurt a. M. Die Revidierung der spanischen Botschaft in Berlin ist bereits im Ministerium besprochen worden. Die amtliche Ernennung wird nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Prämienanleihe.

Alfred Landsburgh schreibt in der Berliner Börsenzeitung über die wirtschaftliche Bedeutung der Prämienanleihe: Die Konstruktion der Sparprämienanleihe ist auf eine ganz besondere Schicht der Bevölkerung zugeschnitten und zwar auf eine Schicht, deren Geld in hervorragendem Maße befristet ist, ein Loch im Reichsfiskus zu stopfen, ohne deshalb an einer wichtigen Stelle der Erwerbswirtschaft zu fehlen. Man möchte sie die Schicht der Hebertonsumenten nennen.

Siehe, in der Anpassung der Anleihe an das Bedürfnis kapitalistischer Geldschichten, die ihr Geld heute nicht produktiv, sondern vorwiegend konsumtiv verwenden, liegt die eigentliche wirtschaftliche Bedeutung der Prämienanleihe. Die Prämienanleihe legt auf die angelegentlichste, liebenswürdigste Art, die sich denken läßt, Konsumkraft matt, indem sie sie durch eine Fülle von Rügen auf sich lenkt und dem Markte entzieht. Die bisher konsumtiv verwendeten Gelder werden sich also in produktives Kapital. Auf jeden Fall trägt die Anleihe dazu bei, daß das Reich jener unheilvollen Wechselkreisläufe ein Ende machen kann.

So hat die Anleihe die Tendenz, auf dreifache Weise vorzudringen auf die Wirtschaft einzuwirken: sie zieht Konsumkraft vom Markte ab, die bisher alle Güter verteuern half; sie überantwortet diese Konsumkraft einer Stelle, von der aus sie in der einen oder anderen Form der Produktion, also der Güterverbilligung, dienstbar gemacht wird, und sie trägt dazu bei, daß der unheilvollen, alle Preise aufblähenden Tätigkeit der Notenspreiße ein Ende gemacht wird.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 13. Nov. In der „Kreuzzeitung“ (Schreib der frühere Kriegsminister Generaloberst von Deeringer über die Deeresverhältnisse vor dem Krieg. Er wehrt die Beschuldigungen ab, daß in der Zeit seiner Amtsverwaltung die Rüstung Deutschlands ungenügend gefördert worden sei. Berlin, 13. Nov. Wie dem V. A. mitgeteilt wird, wurden sämtliche Volks-, Arbeiter- und Bauernräte Oberdeutschlands auf Anordnung des Volkstommisars Hüping aufgefodert, ihre Tätigkeit nachdem die Gemeindevahlen beendet sind, einzustellen.

Berlin, 12. Nov. Anlässlich der Jahresversammlung des Zentralvereins kath. deutscher Gesellschaften in Chicago richtete der Papst laut „Germania“ ein Schreiben an den Erzbischof von Chicago, worin er die deutschen Katholiken von Chicago und Amerika überhaupt dringend ersucht, an der wahren Völkerverständigung mitzuarbeiten. Gleichzeitig bittet er sie, unter Hinweis auf die misslichen Verhältnisse, unter denen die Brüder in Deutschland leben müssen, ihnen tätigen Beistand zu leisten, vor allem durch bedeutsame Wiederaufnahme des Handels.

Verfaßt, 12. Nov. Der ausführende Rat der französischen Gewerkschaften hat am Montag beschlossen, seine Demission einzubringen. Der Vertreter der Minderheit war es gelungen, in einer Sitzung, in der viele Vertreter der Mehrheit fehlten, eine Tagesordnung durchzubringen, die in den Pariser Gewerkschaften Propaganda für den Generalstreik forderte. Das ausführende Komitee vertritt die Ansicht, daß es ihm moralisch unmöglich sei, diesem Verlangen stattzugeben.

Köln, 12. Nov. Zur Unterstützung des Vorgehens gegen das Schiedsgericht erließ der Oberkommandierende der englischen Besatzungsmarine eine Kundgebung, nach welcher ein- und ausgeführte Waren aus dem von den Engländern besetzten Gebiet, sowie Handel treibende Personen den bestehenden deutschen Gesetzen, die zum Schutz des Handels erlassen worden sind, unterworfen sind.

Amsterdam, 12. Nov. Wie der Zeitungs aus London meldet, antwortete Churchill im Unterhaus auf die Frage, welches die Politik der englischen Regierung gegenüber dem nördlichen Kaukasus und dem von Denikin besetzten Russland sei, daß ein Vertreter der englischen Regierung bei General Denikin und einer im nördlichen Kaukasus weile u. daß ein Mitglied des Unterhauses nach diesem letzteren Land als Oberkommissar gehen werde. Dieser werde dafür sorgen, daß zwischen den beiden Landstrichen kein Konflikt entstehe.

London, 12. Nov. (Reuter.) Poincaré ist heute nach Glasgow abgereist, wo er aus Anlaß seiner Ernennung zum Ehrenbürger eine Ansprache halten wird.

Amsterdam, 12. Nov. Das Pressebureau Radio meldet aus Anapolis, daß Präsident Wilson aus Anlaß des Jahrestages der Unterzeichnung des Waffenstillstandes eine Botschaft an das amerikanische Volk gerichtet hat, in der er erklärt, der Streik habe America die Gelegenheit gegeben, seine Liebe zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Rate der Nationen zu beweisen. Vorhin sagte in seiner Botschaft: „Wir müssen arbeiten, um das von den Feinden zerstörte wieder aufzurichten. Bevor der Wiederaufbau nicht vollendet ist, ist unsere Aufgabe nicht erfüllt.“

Amsterdam, 12. Nov. Den englischen Blättern vom 10. 11. zufolge erklärte Lloyd George in seiner Guildhallrede über die Lage in Russland unter Hinweis auf die seinerzeit geschlossene Brinkow-Konferenz, er hoffe, die Zeit sei nicht fern, wo die Mächte in der Lage sein werden, diesen Versuch mit besserer Aussicht auf Erfolg zu erneuern.

Indianapolis, 12. Nov. Reuter. Bisher ist nicht bekannt geworden, ob die Bergarbeiter dem den Streik aufhebenden Befehl Folge leisten werden. Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Einladung des Arbeiterssekretärs, mit den Unternehmern über die Lohnfrage zu verhandeln, angenommen.

Sofia, 12. Nov. Stambulists ist heute von Sofia nach Paris abgereist, wo er wahrscheinlich im Namen Bulgariens den Friedensvertrag unterzeichnen wird.

Vermischtes.

Schwimmende Volksschulen. Durch die Untertunnelung des New-Yorker Hafens sind die Dampfschiffe für den Heberdienst überflüssig geworden. Viele überflüssigen Führer wurden kürzlich öffentlich versteigert. Der Käufer war seltsamer Weise der Vorstand der New-Yorker Schulen. Und nun sind diese Führer einem neuen Zweck zugeführt worden: sie werden als Schulen und teilweise auch als Freizeitanlagen verwendet. Einige der rund 15 Führer wurden dem Indonifluss anvertraut gefahren und mitten in der New-Yorker City verankert, wo sie jetzt als Schulen für über 1000 Kinder dienen. Die andere führt Tag für Tag mit schwächlichen und schwindsüchtigen Kindern ein Stück aus dem Hafen hinaus. Alle Führer sind dabei aufs trefflichste eingerichtet und mit schönen Klassenzimmern, Speiseräumen, Bädern u. s. w. sogar mit einer jahreszeitlichen Abweilung versehen.

Vernunft wird Unfuss. Dem „Reinholdboten“ in Östra-Unterhaus Nr. 86 vom 18. Oktober entnehmen wir folgendes: Landwirt Hugo Vogel in Fredrich hatte eine Kuh an den Viehhändlerverband abzuliefern. Er bekam für dieses Schlachtvieh wenig mehr als 700 R. Da er Leder benötigte, will er von seinem Rechte, die Kuhhaut zurückzukaufen, Gebrauch machen. Darauf wird ihm erklärt, er müsse zu dem Preise für seine Kuh noch 230 R. hinzuzahlen. Einen ähnlichen Fall meldet Landwirt Ratz Hemmann ebenfalls aus Fredrich. Er verkaufte eine Kuh für 370 Mark und man forderte für deren Haut von ihm 850 Mark zurück.

Ein verwerliches Börsenmandat. Die „International Press Union“, ein Nachrichtenbüro, vertrittet aus Amsterdam eine Meldung folgenden Inhalts: Bekannte holländische Finanzblätter empfehlen ihren Lesern, die in deutscher Mark spekulieren wollen, vorläufig mit dem Ankauf von Mark zu warten, da leitende Finanzmänner an der Börse davon überzeugt sind, daß die Mark noch vor Ende dieses Jahres zu 5 Cents zu haben sein wird. Erst dann sei der Zeitpunkt zum Ankauf günstig. — Diese Meldung ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß die ganze Entwertung des deutschen Geldes ein Mandat der ausländischen Börse ist.

Die Flaggennote. An die Meldung des „Vorwärts“ über die Schaffung neuer Flaggen für den Reichspräsidenten

und Reichswachmannschaften läßt die „A. Z.“ eine satirische Mitteilung von „unmaßgeblicher Seite“ an, daß nach folgende Pläne in Vorbereitung seien: Reichsfinanzflagge mit Pleiteteiler, Reichsernährungsflagge mit Marinelaubentübel, Reichsverkehrsflagge mit der goldenen Inschrift: „Alle Räder stehen still“. Von einer Reichskolonialflagge wird vorläufig Abstand genommen.

Die Engländer kaufen deutsche Produkte. Nach der „Cologne Post“ befindet sich angeblich ein englischer Großhändler in Köln, der den Auftrag hat, große Mengen von Spielwaren, Wand- und Taschenuhren, Musikinstrumenten und Modestücken jeder Art aufzukaufen.

Ein britischer Militärlzug ist auf dem Bahnhof von Braine-le-Compte mit einer Lokomotive zusammengefallen. Ein Wagen wurde zertrümmert. Es gab mehrere Tote und Verletzte.

Inferre Bäder und Heilquellen. Vor einigen Tagen wurde berichtet, daß die Stadt Stuttgart das Mineralbad Leuze käuflich erworben hat. Bei dieser Gelegenheit ist es nicht uninteressant, etwas über den Reichtum Württembergs an Heilquellen zu hören: Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden zum wenigsten 80 Orte gezählt, an denen Heilquellen entspringen und wollte man alle Quellen, denen besondere Heilkräfte in früherer Zeit zugeschrieben wurden, in Rechnung nehmen, so ließe sich diese Zahl ohne Mühe auf mehr als 100 steigern. Solcher Orte, wo mit den Quellen mehr oder minder vollkommen Einrichtungen zu deren geordneten Verbräuche vorhanden sind, läßt man ungefähr 50. Jetzt werden als die wichtigsten angeführt: das Wildbad, Digenbach, das Leinacher und Liebenzeller Bad, das Karlsbad zu Wergentheim (wobei letzteres jüngst vom König von Bulgarien besetzt war), das Jordanbad bei Hiberach und das Stahlbad zu Neekraun. Ganz abgegangener sind das Bad zu Roigheim, das Wälsbad, das Jagenbad, das Wegerbad und das Thierbad. Bei einigen hat sich kaum noch die Kunde von ihrer Existenz erhalten, so von dem Saubad zu Omen, von dem Enolzbacher Bad, von dem Fugler Bad. Dagegen sind neue Bäder aufgefunden, wie die Solzbäder zu Sulz, Hall und Jungsried, das Bad zu Sebstiansweiler und zu Boll bei Göppingen. Das Kapfenhardter Bad bei Liebenzell ist längst eingegangen, das Lauterbad, ein in älteren Zeiten bekanntes Bad für Aussüßige, ebenso. Dagegen sind das Leuzebad und der Berger Brunnen bei Cannstatt sehr empor gekommen. Von dem Gannstatter Mineralwasser schreibt eine alte Chronik: „Es ist gut vor die Kündigen und Schädigen und kann einem den Hymnisch gemaltig puzen und legen.“ Ganz in Vergessenheit gekommen sind das Karlsbad in Bietigheim der Archbrunnen zu Heilbronn, der Lederbrunnen bei Flein, das Karlsbad zu Keutlingen, das Heilbrunnlebad bei Mötzingen, das Schwefelbad zu Kellamont und das Gangulfbad bei Wolperswende. Das Digenbacher und das Göppinger Bäder sind dagegen allseits bekannt geworden, das Digenbacher nicht bloß wegen seiner Güte, sondern auch weil es im Handel um 30% billiger ist als die anderen Mineralwässer. Reich an Schwefelquellen ist das Oberamt Walingen. Es hat solche in Walingen, Dürnwangen, Frommern, Heselwangen. Auch Keutlingen hat sein „Dietenloch“ bei Sandellingen und Schwefelwasser in Keutlingen selbst und zu Ebingen und Ohmenhausen.

Aus Stadt und Bezirk.

Agold, den 14. November 1919.

Vom Rathaus. (Schluß) Die Feuerlöschklasse sieht in Einnahmen 1300 Mark, in Ausgaben 3200 Mark vor. Der Abmangel beträgt 1900 Mark, davon werden 700 Mark aus restlichen Mitteln gedeckt, 1200 Mark in den Hauptetat gestellt. — Für die Wasserwerkklasse sind vorgesehen: Einnahmen 7500 Mark, Ausgaben 15 400 Mark. Der Abmangel von 7 900 Mark wird aus verfügbaren Mitteln gedeckt. — Der Voranschlag des Stadtbauamts für Hochbau fordert an 25 507 Mark für laufende Unterhaltungen, 3000 Mark für Hauptreparaturen, für Tiefbau werden angefordert 110 000 Mark. Einer Anregung des Herrn Oberbürgermeister werden in den 4. für die Volkshochschule bereitgestellten Beihilfen der Mädchenschule die elektr. Kohlenbrennlampen mit Metallbrennlampen ersetzt. Für die Instandsetzung der Bürgersteige ist auf Antrag des Herrn Oberbürgermeister ein Posten in den Voranschlag eingestellt worden. — Die Stadtwaldkasse sieht vor in Einnahmen 366 027 Mark, in Ausgaben 191 027 Mark, so daß ein Reib von 175 000 Mark der Stadtkasse zugeführt werden kann. Herr Stadtschultheiß Meier stellt fest, daß es nur infolge der guten Waldwirtschaft bisher möglich gewesen sei, eine Steigerung des Umlagenfußes zu vermeiden. Herr Oberbürgermeister wies darauf hin, daß die Gemeinde jetzt zwar in der glücklichen Lage sei, Stochholz zu schlagen, aber das Holz in absehbarer Zeit auf. Wenn die Wiedernutzung von 10—15 Jahren anholte, dann werden wir voraussichtlich in 10—15 Jahren mit diesen Schlägen fertig sein, und es wird dann, wenn auch die Festmeterzahl schließlich die gleiche bleibt, der Ertrag nicht unbedeutend zurückgehen, denn es sei ein Unterschied, ob Holz 1. Klasse oder solches 3. Klasse vorhanden sei. Man solle das im Hinblick auf die Zukunft auch im allgemeinen in der gemeindlichen Finanzwirtschaft etwas berücksichtigen, denn in 15 Jahren werde der Reibetrag des Stadtwaldes trotz gleicher Nutzung etwas zurückbleiben. Für die Zukunft solle man daher dadurch etwas sorgen, daß man einen Teil des Ertrages zur Schuldentilgung verwende. Ferner könne für die Zukunft gesorgt werden dadurch, daß jetzt schon Zukunftsarbeiten (Waldweghauten usw.) vorweg genommen werden. Einem Besuch der Schreinerzunft, ihr zur Aufrechterhaltung der Betriebe ein Los von 5-600 Mark Holz zum Durchschnittspreis zu überweisen, wird entsprochen. Der Schreinerzunft ist es bei den jüngsten Versteigerungen unmöglich gewesen, den hohen Geboten anderer Kreise zu folgen, so daß sie für ihre Mitglieder kein Holz steigern konnte. Sämtliche Nebenveranschläge wurden genehmigt. In der nächsten Sitzung kommt der Hauptetat zur Beratung.

Rundgebung für die Freigabe der Kriegsgefangenen. Unser in französischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen hatten ein Jahr nach Abschluß des Waffenstillstandes immer noch der Erlösung aus Feindeshand. Die Volkshilfe für Kriegsgefangene veranstaltet deshalb am Sonntag, den 16. November 1919 in allen Städten des Deutschen Reiches er-



neut Massenprotestversammlungen gegen die jedem menschlichen Gefühl widersprechende Zurückhaltung der Gefangenen. Hierzu will auch unsere Stadt nicht zurückbleiben und es hat der Ausschuss der Volkshilfe eine solche Protestversammlung auf Sonntag, den 16. Nov., unmittelbar nach dem Vornittagsgottesdienst in der Turnhalle angesetzt. Unter Bezugnahme auf die im Samstagblatt erscheinende Anzeige, fordern wir Männer und Frauen auch an dieser Stelle zu recht zahlreichem Besuch dieser Veranstaltung auf.

*** Klavier-Abend.** Herr Seminar-Musiklehrer Wills Begner gab gestern im Festsaal des Seminars einen Klavier-Abend, der in seiner ganzen Struktur den Stempel eines guten Geschmacks trug. An der Spitze der Vortragsfolge stand Johann Sebastian Bach mit einer Toccata und Fuge in G-moll, sowie dem Capriccio über die Abreise seines lieben Bruders, das sich in 6 Stufen aufbaut. Die edle Sprache Bachs, der Reichtum seines Ausdrucks wurde von Herrn Begner sehr gut herausgearbeitet. Besonders das Capriccio hat uns in seiner feinsinnigen Phantasie gut gefallen. Auf Bach folgte Beethoven mit 32 Variationen in G-moll. Die mannigfaltige Klang- und Farbenfülle, die Beethoven seinen Werken verlieh, hat den Ohren ein Fest unisonmehr, als der Vortrag nicht nur technisch ausgezeichnet, sondern auch nach der rein künstlerischen Seite hin tief geföhrt war. Auch die weiteren Vorträge: der 1. Satz der gehaltenen A-moll-Sonate Franz Schuberts, der Beethoven am nächsten steht, drei Präludien von Chopin und die Rhapsodie Nr. 5 (Helden-Clegie) von Liszt fanden den vorangehenden Bruchleistungen nicht nach. Den Schluss bildete der 1. und 2. Satz einer Sonate in D-moll von Seminaroberlehrer Schmid. Sie fand eine recht gute Aufnahme und namentlich der zweite Satz mit seinem innigen Erguß geföhlt sehr gut. Er mußte wiederholt werden. Die zahlreiche Hörschaft spendete Herrn Begner warmen, wohlverdienten Beifall.

*** Weitere Erhöhung der Personenzahnpreise.** Für 1. Januar 1920 ist eine weitere Erhöhung aller Personenzahnpreise um 30-50% der jetzigen, gewiß nicht mehr niedrigen Fahrpreise zu erwarten. Die Verhandlungen darüber zwischen der süddeutschen und der preussischen Eisenbahnverwaltung werden in den nächsten Tagen aufgenommen.

*** Der Fahrplan nach dem 15. November.** Die außerordentliche Verkehrsperre, die jetzt ertragen werden muß, erreicht am 15. November ihr Ende. Es wird aber nachher, wie schon früher mitgeteilt wurde, der Personenzahnpreis nicht wieder im früheren Umfang aufgehoben werden. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß annähernd ein Viertel derjenigen Züge weiterhin in Wegfall kommt, die vor Durchführung der Sperre verkehrt haben. Ein beschänkter Schnellzugsverkehr wird wieder eingerichtet werden. Der auf 1. Oktober ausgegebene Fahrplan wird durch einen neuen, bedeutend veränderten, ersetzt werden.

*** Verpätete Hilfe.** Vom württ. Landesbauernrat wird uns mitgeteilt, daß die Oberämter beauftragt wurden, festzustellen, auf welchen landw. Betrieben die Kartoffelernte noch nicht beendet ist, und ob auf den dortigen Gütern Arbeitermangel herrscht. Ist dies der Fall, wären sofort Arbeitskräfte bei den nächsten Bezirken, oder örtlichen Arbeitsämtern anzufragen. Auch hat das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens auf Antrag des Erndtungsministeriums die Bezirksämter angewiesen, sofort mit Rücksicht auf die Kartoffelernte ein Bedürfnis festsetzt, Urlaub oder außerordentliche Ferien zu gewähren. (Wie viel Tausende von Jüngern Kartoffeln, Obst, Ähren und Roggen in Deutschland gerettet werden können, wenn man vor vier Wochen den Landwirten für Arbeitskräfte gelehrt hätte.)

*** Früher Schneefall.** Der Winter hat in diesem Jahr frühzeitig seine Herrschaft angetreten. Bereits im letzten Oktoberdrittel sind in verschiedenen Gegenden Mitteleuropas erhebliche Schneefälle vorgekommen und der Novemberbeginn sah den größten Teil Deutschlands unter einer weißen Decke. Der Frost war zwar im allgemeinen noch gelinde; immerhin hatten die meisten Gegenden bereits die ersten Eistage dieses Winters zu verzeichnen. Schnee im Oktober und November ist freilich keine Seltenheit. Im Jahre 1912 schneite es beispielsweise am 8. September abends in Paris und in der englischen Grafschaft Norfolk; in jenen Tagen waren weite Teile des Alpengebirgs und der Pyrenäen bereits tief verneigt. Der damalige September war überhaupt ungewöhnlich kalt. So schneite es am 26. in Freudenstadt so heftig wie mitten im Winter. Am gleichen Tage hatte die Schneedecke im Riesengebirge eine Höhe von 25 cm. Im darauffolgenden Jahr 1913 fiel im Riesengebirge am 11. September der erste Schnee. Gerade in den letzten Jahren sind frühzeitige Schneefälle häufig gewesen. So lag in Berlin 1915 bereits am 28. Okt. Schnee, dieses Jahr am 3. November. Bemerkenswert war auch der große Schneefall vom 16. und 17. November 1909, der sich über große Teile des mittleren Norddeutschlands erstreckte. Alle diese frühen Schneefälle waren aber nicht von langer Dauer, fast immer machte ihnen bald darauf einsetzendes Tauwetter wieder ein rasches Ende. Hoffentlich bewahrt sich auch in diesem Winter größter Koblennot wieder das alte Sprichwort: Westrenge Wetter regieren nicht lange! — Gestern vormittag setzte auch hier ein leichter Schneefall ein.

*** Verlängerung des Lohnstarifs in der Landwirtschaft.** Wie der württ. Landesbauernrat mitteilt, sind die Lohnstarife für die Landwirtschaft auf 1. November von seiner Seite gekündigt worden. Es gelten somit für das Jahr 1920 dieselben Löhne, die vom 1. August ab dieses Jahres in Kraft getreten sind.

*** Das Kriegervereinswesen in Württemberg.** Der Mitgliederbestand des Württembergischen Kriegerbundes betrug am 31. Dezember 1918 8 Ehrenmitglieder, 601 Einzelmitglieder und 1931 Bundesvereine mit 123 519 Mitgliedern. Darunter befinden sich 7607 Veteranen aus den Feldzügen 1870/71. Bis zum Jahreschluss waren zum Beerdigungsdienst eingezogen 58 374 Kameraden, davon gefallen und gestorben 6514, gefangen 1042, vermißt 605. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse sind ausgezeichnet 681, mit demjenigen 2. Kl. 17 428. Das Gesamtvermögen des Bundes belief sich am Ende des Berichtsjahres auf 1 529 867,59 Mark und hat gegen das Vorjahr um 268 418,54 Mk. zugenommen, was hauptsächlich auf die Sammlung zur Errichtung weiterer Krieger-Erholungsheimen zurückzuführen ist. Solche bestehen zur Zeit in Heiligental, Herrenald und Nibernau (das letztere ist noch nicht im Betrieb); die Errichtung eines Heimes im Jagstkreis ist

in Aussicht genommen. In Heiligental und Herrenald fanden im Sommer 1918 44 Kameraden und 14 heimatslose Feldurlauber an zusammen 1051 Tagen kostenlose Aufnahme. An Unterhaltungen wurden im Jahre 1918 aus den verschiedenen Kassen des Bundes 60 947 Mk., darunter 16 000 Mk. Einlebensbeiträgen für Konstanten ausmarschierter Bundesmitglieder, und aus der Veteranenstiftung König Wilhelm-Trost 22 200 Mk. gewährt; dazu kommen noch Zuwendungen von je 500 Mk. an das rote Kreuz zur Lebensvorsorge u. an die Jugendfürsorge für Kriegspatenität. Die Gesamtsumme aller Unterhaltungen betrug somit 84 147 Mk. Die Bundesverbände sind am 1. Okt. in Kraft getreten. In demselben Zeitpunkt wurde eine Kriegshilfe- und Rechtsauskunftsstelle errichtet, die den Kriegsschädigten u. Kriegsteilnehmern sowie allen Bundesmitgliedern in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auch in solchen der Reichsregierung und des Mannschaftsversorgungswesens, unentgeltlich Auskunft erteilt.

Aus dem übrigen Württemberg.

Vom Landtag.

Stuttgart, 12. Nov. Wie schon berichtet, tritt der Landtag am kommenden Dienstag, den 18. November, wieder zusammen. Es sollen jedoch nur wenige Sitzungen stattfinden zur Erledigung des Grundbesitzsteuergesetzes, des Zorfgesetzes und der Vorlage über die Beschaffungszulage. Der Finanzausschuss wird im Anschluss an die nur einige Tage dauernden Sitzungen den Nachtragsetz, der die Errichtung verschiedener neuer Stellen vorsieht, beraten. Im Dezember soll dann nochmals eine kurze Plenartagung stattfinden, in der dann diese Nachtragforderungen zum Staatshaushalt verabschiedet werden dürften.

Landeskongress der Volkshilfungsvereine.

Der Verein zur Förderung der Volkshilfe hatte zum 4. November die angeschlossenen Volkshilfungsvereine und Volkshilfsvereine, deren Zahl dank der nachhaltigen Arbeit auf 26 gestiegen ist, zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen. Direktor Bäuerle sprach am Vormittag und hat ein erhebendes Bild, wie sich jetzt die Bewegung von Hall bis Maulbronn, von Friedriesshausen bis Heilbronn darstellt, wie mit Hesse, Baden und der Pfalz immer engere sachliche Beziehungen sich anknüpfen. Die Schwierigkeiten mannigfacher Art wurden in die Höhe geholt, geföhrt, aus welchen Gründen sie stammen und die Wege gezeigt, wie sie zu überwinden sind. Mit praktischer Arbeit beginnen, die Arbeit anfangen u. sie ernst nehmen, das sei die beste Methode. Die Volkshilfsvereine müssen, allmählich das kulturelle Gewissen der Gemeinde zu werden. Die sich aus dem Verhältnis zu den politischen Parteien und zu den Konfessionen ergebenden Schwierigkeiten wurden besonders eingehend behandelt. Die Volkshilfsarbeit wendet sich an das gesamte Volk und ist gegen jede egoistische Kulturanschauung. Da die Volkshilfe die Grundlagen des Lebens sind und die Einsicht in die Grundlagen des Gemeinschaftslebens vertiefen will, so leitet sie, ohne parteipolitisch einseitig festgelegt zu sein, Vorarbeit für jede Partei. Und ebenso dient sie den religiösen und weltanschaulichen Bedürfnissen, ohne konfessionell geföhrt zu sein.

Endlich berichtet Dr. Bäuerle noch über die Volkshilfs- und Volkshochschulurke im Lande, deren Zahl dauernd wächst. Eine Fülle von neuen Gesichtspunkten tauchte hier auf, die die Notwendigkeiten darstellten über solche Fragen regelmäßige Aussprachen aller führenden Beteiligten einzurichten. Die Aussprache am Nachmittag hatte einen besonderen Charakter, weil jeder aus seiner tiefsten Überzeugung heraus mit rückhaltloser Offenheit und sachdienlicher Einstellung sprach. Es beteiligten sich die Herren: Bild-Hall, Dr. H. Frankenthal, Röhle-Kirchheim, Dr. Diebel-Schw. Gmünd, Stoepler-Stammheim, Hier-Ludwigsburg, Wilhelm-Öfingen, Föhle-Flein, Geiger-Freudbach, Seif-Neutlingen, Dr. Reuß-Tübingen, Dr. Silberstein-Stuttgart, Hauser-Ragold, Pfeleber-Gansstätt, Schwab-Maulbronn, Feil-Weihingen a. G., Maier-Rosenfeld, Neuhing-Ulm.

Jeder war bemüht, haren Einblick in die eigene Arbeit zu gewähren, die hemmenden Änne und die brennenden Wünsche zu äußern, die Erfahrungen und Einsichten der anderen gewissenhaft sich anzueignen. Besonders hervorzuheben seien die Mittelungen über die Volkshilfsbestrebungen in der Pfalz, wo man immerhin Anschluss an die württembergische Bestrebungen sucht, ferner die wertvollen Ausführungen über die verhängnisvolle Zersplitterung des großen Kultur- und des kleinen Vereinslebens, über die Schwierigkeiten, die sich oft aus der Eigenart der örtlichen Verhältnisse ergeben, über die Frage des Massengegenstands innerhalb der Volkshilfsarbeit, über die Aufgaben der Geschäftsführer und Vorsitzenden in einzelnen Volkshilfsvereinen, über das Vertrauen des Volkes gegen Führer überhaupt, über die Notwendigkeit immer die örtlichen Verhältnisse zu berücksichtigen und über den Schatz des Romans „Volkshilfsvereine“ für solche Veranstaltungen, die aus der neuen Einstellung der Volkshilfe heraus geboren sind.

Nach 4 Uhr mußte die Aussprache mit Rücksicht auf die auswärtigen Teilnehmer geschlossen werden. Direktor Bäuerle gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Landeskongresse dauernde Einrichtungen werden und die Teilnehmer sich gewissermaßen heute schon als freier Landesauschuss für Volkshilfe betrachten.

Die Volkshilfsbewegung in Württemberg hat mit dieser Arbeitstagung wieder einen Schritt vorwärts getan, in dem nimmere das verhältnismäßig lockere Band zwischen der Landesstelle und den einzelnen Volkshilfsvereinen und Vereinen im Land sich enger geknüpft hat. Gerade dieses, daß man einer einzigen, großen Sache diene, war das begünstigende Erlebnis bei allen Verammlungsmitgliedern, die im Gefühl inniger Verbundenheit mit Gleichgesinnten und Gleichstrebenden in edlem Wettbewerb, die Arbeit weiterführen werden.

V.F.V.

Stuttgart, 12. Nov. Domkapitular Laun von Rottenburg hielt gestern abend im überfüllten Saal des Scharf Siegelhauses vor Angehörigen aller Bekenntnisse und Gesellschaftsschichten einen Vortrag über Theosophie und Christentum. Veranstalter war der Vortrag vom Kath. Frauenbund Deutschlands (Zweigverein Stuttgart). Umrahmt wurde er durch musikalische Vorträge des Kirchenchores von St. Elisabeth. Unter der dankbaren Zuhörerschaft befand sich auch der Herzog von Urach mit zwei Töchtern.

Stuttgart, 12. Nov. Die beiden württ. Haupt-Auktionszentrale Stuttgart und Ulm haben in der letzten Woche in Gefälle an Großviehhäuten, Kalb-, Schaf- und Fiegenfellen in Mannheim zur Versteigerung gebracht. Sie konnten weder in Württemberg noch in Bayern die Versteigerung abhalten, weil die Regierungen dieser Staaten vor einiger Zeit ein Auktionsverbot erlassen und dieses noch nicht aufgehoben haben, obwohl darum nachgesucht worden war. Im ganzen kamen etwa 8200 Großviehhäute, 2200 Kalbfelle, 1200 Schaffelle und 25 Fiegenfelle zum Angebot, die zahlreichen Käufer zeigten rege Kauflust. Für die Ware der Ulmer Zentrale kam ein geschlossener Verkauf zustande. Was die erzielten Preise anlangt, so ergab sich deshalb kein einheitliches Bild, weil die Sortierung der Häute und Felle diesmal noch nicht einheitlich war.

Gödingen, 12. Nov. Im vorigen Monat ist der Sohn des früheren Kronenwirts Karl Kohler hier, Keller Alois Kohler aus Australien heimgekehrt. Als sein Vater hier noch auf der Krone wirkte, die wegen seines guten Uhlbacher öfers von Nagoldern besucht wurde, erlernte er beim damaligen Posthalter in Nagold die Kellerei. Später, im Jahre 1874, ging er mit einer Herrschaft nach Australien und war dort nun 45 Jahre. Von den Engländern wurde er jetzt wegen seiner deutschen Abstammung in die Heimat abbeordert. Die Heimreise dauerte acht Wochen und war für den alten Herrn, der nicht genug über deren Strapazen und die Verhältnisse in Australien berichten kann, recht beschwerlich, denn er ist jetzt immerhin 72 Jahre. In seinem eierischen Hause, bei seiner Schwester Brigitta, will er nun seinen Lebensabend vollenden. Möge er ihm recht schön werden!

Ulm, 12. Nov. Seit längerer Zeit sind hier Gerüchte über Unregelmäßigkeiten in der Zuckerverteilung im Umlauf und tatsächlich ist dem Kommunalverband die letzte Zuckermarke auf 300 Gramm festgesetzt worden. Infolge einer Interpellation befasste sich nun der Gemeinderat mit der Sache. Dabei wurde als Tatsache festgestellt, daß eine größere Menge Zucker (es wird von 60 000 Kilo gesprochen) abgängig und eine Untersuchung über den Verbleib dieses Zuckers im Gang ist. Bei der Befragung kam auch zum Ausdruck, daß am Verschwinden des Zuckers Kommunalverband und Großhandel schuld seien; der Kommunalverband, weil er es verkannt hat, sich vom Großhandel, der mit der Unterstellung des Zuckers betraut war, die entsprechenden Zuckermarken ausfolgen zu lassen; der Großhandel, dem nachgelagert wird, daß er Zucker hinterbühm zu hohen Preisen verkauft hat. Was an diesen Behauptungen Wahres ist, wird die Untersuchung ergeben.

Vöberach, 12. Nov. Der in Wittelsberach aufgestellte Forstwart beging am Sonntag den 26. Oktober, an Allerheiligen den 1. Nov. und Sonntag den 2. Nov. einen Jagdschick. An den beiden ersten Tagen schon beobachtete er drei Wilderer, ohne ihnen beikommen zu können. Am Sonntag den 2. November abends 4 1/2 Uhr traf Hörmann mit denselben Wilderern auf ganz kurze Entfernung von 15 Schritten wieder zusammen, so daß es dem Forstwart gelang, den einen, den verheirateten H. von Cappelshausen, der mit einem, mit 5 scharfen Patronen geladenen Wintarlarabiner u. anderen Jagdgeräten ausgerüstet war, festzunehmen, während die beiden anderen Wilderer, ebenfalls mit Gewehren ausgerüstet und mit einem Reh im Rücken, in der Richtung nach Cappelshausen das Weite suchten. H. wurde ans Amtsgericht Vöberach eingeliefert.

Geislingen, 12. Nov. Aus einem in einer verfallenen Scheuer befindlichen Stall in Altenstadt verschwand neulich ein 4 1/2 Zentner schweres Schwein. Das Schloß war merkwürdigerweise unverfehrt. Die Polizei konnte gar keine Spuren finden. Der Besitzer machte ein betrübtes Gesicht. Nachmittags aber fand sich das Schwein wohlbehalten in einem Nachbargarten. Was für ein Gesicht der Besitzer machte, als es dort gefunden wurde, steht nicht fest. Man spricht von Zauberei, weiß aber nicht, ob das Zauberkunststück bloß zum Spasse oder im Ernst gemacht wurde. Jedenfalls ist das Fleisch der Sau bis jetzt nicht schwarz geworden.

Steinheim a. Albuch, 12. Nov. Hier ist die Gemeindevollversammlung von 20% im Jahre 1915 auf 8% gesunken, was von den Ertragnissen aus Wald und Schafweide herrührt. Es ist mit einer weiteren Ermäßigung in den nächsten Jahren zu rechnen.

Lauffen, 12. Nov. Eine seltene Beute machte Fischer Wilhelm Krauß. Er fing bei der Redarbrücke einen Bach, der eine Länge von 1,20 Meter hatte und 22 Pfund wog.

Marbach, 12. Nov. Den 160. Geburtstag unseres großen Landesmanns Friedrich Schiller verlebte am Montag in der Frühe von 7-1/2 Uhr und von 11-1/2 Uhr das stimmungsgemäße Wägen der von den Deutschen in Marbach gestifteten Schillerstube „Konfartia“. Um 11 Uhr fand im Geburtshaus die Feier der Latein-, Real- und Lichteerschule statt. Nachmittags 2 Uhr folgte die Feier der Volkshilfe vor dem Schillerdenkmal und abends nach Eintritt der Dunkelheit ein Gesang des Liederkranzes vor dem Schillerhaus. Zum erstenmal wieder seit 1913 wurde sodann abends 7 1/2 Uhr eine Abendfeier im Saale der Krone abgehalten mit Reden von Oberpräzeptor Dr. Wäbster über „Schiller und die Revolution“, Gesang und Deklamationen.

Eingekandt.

Holzwocher. Wie im Frankenwalde schon vor einigen Wochen, so scheinen auch jetzt bei uns die Holzversteigerungen betrieben zu werden. Inmitten, Drohungen mit dem Revolver in der Hand, tätliche Angriffe sind keine Seltenheit mehr, so daß Sicherungen der Versteigerungen notwendig werden. Das Schicksal, das sich auf dem Gebiet der Holzversteigerung immer mehr breit macht, verhindert durch unehörtliches Ueberbieten sehr oft, daß die einheimischen Sägewerke sich genügend einkenden können, um ihren Arbeitern genügend Beschäftigung geben zu können; zu gleicher Zeit aber kommt noch der wichtigste Faktor dazu, die Geldfrage. Einem kleineren oder mittleren Sägewerk ist es unmöglich, das Geld zu diesem enorm hohen Holzpreise zusammen zu bringen und das Ende vom Liede wird sein, daß diese ihre Betriebe reduzieren, wenn nicht ganz schließen müssen. Daß hier die Arbeiterchaft das größte Interesse hat, beweist eine bei einer Versammlung des Holzarbeiterverbandes geföhrt Resolution, welche hier folgen soll: „Die in Nordhessen



